

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. April 1920

Anzeigepreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 M., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und allgemeinen Reklameanzeigen 60 Pf., die Zeile. Ru. wird nicht gewährt.

Nr. 42

### Weiteres zur Situation

XIII.

#### Abspaltungstendenzen unter der Prinzipalkität

Zu dem in der vorigen Nummer behandelten Abfall der Regensburger Prinzipale von dem Deutschen Buchdruckervereine mit der weiterzielenden Absicht, einen „Provinzzusammenschluß“ zu bewerkstelligen, kann diesmal von einem sich gegen die Tarifgemeinschaft richtenden Abspaltungsvorwuchs Mitteilung gemacht werden. Es handelt sich um die Errichtung einer Sonderartgemeinschaft für Schlesien. Die Sache geht von der Schweidnitzer Buchdruckerinnung aus, ist von den Brieger Prinzipalen aufgenommen worden und wird von einer Anzahl weiterer schlesischer Prinzipale unterstützt. Das sich darin befindende Bestreben gehört zu den im Abschnitt XII erörterten reaktionären Erscheinungen auf Prinzipalsseite, ist aber als die gefährlichere Art davon zu bewerten.

Wir haben in der vorigen Nummer schon durchblicken lassen, daß in Gehilfenkreisen des Kapitels Provinz und Großstadt trotz seiner offenkundigen Schwierigkeit etwas schablonenhaft beurteilt wird. So, wie es manchmal behauptet wird, daß auch der kleinste Druckort mit der teuersten Großstadt gleichkomme, stehen die Dinge denn doch nicht, wenngleich einzelne mittlere Provinzorte den teuersten Großstädten gleichstehen. Betrachtet man die schlesischen Provinzorte, was nur nach Calwer und nur erst für den Januar d. S. möglich ist, dann hatte eine vierköpfige Familie lediglich für die wichtigsten Nahrungsmittel wöchentlich aufzuwenden in: Beuthen 167,16, Gleiwitz 144,24, Königshütte 140,67, Neisse 140,58, Hindenburg 134,13, Oppeln 133,68, Waldenburg 131,55, Kattowitz 122,46, Ratibor 119,04, Sirschberg 111,63, Liegnitz 107,34, Schweidnitz 103,92, Brieg 103,26, Slogau 103,14 Mh. Da die Calwer'sche Ortsliste für Januar mit 83,31 Mh. beginnt und im Reichsdurchschnitt auf 130,65 Mh. kommt, ist von wesentlichen andern Verhältnissen im Osten, wie die schlesischen Quertreiber behaupten, gar keine Rede. Dieses Spiel mit gewagten Behauptungen hat man schon bei den Verhandlungen des Tarifauschusses im Juli 1918 zum erstenmal erlebt. Der schlesische Prinzipalskreisvertreter machte sich zum Fürsprecher, fiel jedoch ab. Bei der Brosi- und Karloff'schen im Januar/Februar 1920 unternommenen der Organisations- und der Tarifkreisvertreter der schlesischen Prinzipale eine Durchkreuzung, und jetzt erfahren wir aus einem Versammlungsberichte von Liegnitz, daß die Herren Friedrich und Neusch in Breslau wiederum eine Empfehlung hinausgaben, die nicht dem Schiedssprüche vom März 1920 gerecht wurde. Man hat also in Schlesien von oben herab ein schlechtes Beispiel gegeben und schließlich damit wohl den jetzigen Separationsgelüsten Vorschub geleistet. Wenn in der Gehilfenschaft unsere Stellen oder unter Desavouierung der örtlichen Vorstände die Gehilfen selbst sich nicht an die zentralen Beschlüsse kehren, ohne aber bis zur Abspaltung zu gehen, dann ist auf Prinzipalsseite gleich der Leuf los. Wir haben noch nie ein ähnliches Vorgehen, wenn es sich außerhalb des Rahmens einer Verständigung hielt, gutgeheißen, und verurteilen daher um so schärfer das Sinarbeiten auf eine besondere Tarifgemeinschaft für Schlesien.

Schon der Gedanke an eine Sonderartgemeinschaft ist absurd. Dazu würden doch auch Gehilfenkreise gehören. Die aber sind bestimmt nicht aufzufinden. Die Dekonzentrierung eines Sonderarttarifs aber wäre gleichbedeutend mit einem rückwärtslos geführten Abwehrkampf von Seiten der Gehilfen. Was die schlesischen Tarifgemeinschafts-Kapppisten wollen, ist gründliche Verschlechterung der ohnehin unbefriedigenden materiellen Verhältnisse der dortigen Gehilfenschaft. Erreichtbarerweise hat die schlesische Gehilfenschaft sofort klar zu erkennen gegeben, wie sie zum Abköhlingen des reaktionären Putsches gegen die Tarifgemeinschaft einmütig in allen Lagern bereit ist. Nachfolgend einige aus Versammlungsberichten oder Bearbeiterung von Pressemeldungen darüber.

Breslau, die größte schlesische Mitgliedschaft des Verbandes, erklärte in einer Versammlung am 11. April, daß die Gehilfenschaft auf dem Boden des Reichstarifs stehe und denselben mit allen Mitteln aufrecht erhalten werde.

Aus der Tagespresse entnehmen wir noch, daß am 13. April, dem Tage der von den Tarifgemeinschaftspuffschiffen geforderten Entscheidung sämtlicher schlesischer Prinzipale und Zeitungsherausgeber, eine große Demonstration der Gehilfen auf dem Schloßplatz in Breslau stattfand. Flugblätter hatten zu dieser Aktion aufgelordert. Die mindestens 700 Teilnehmer wurden von dem Zwecke der Veranstaltung unterrichtet. Dann ging es in geschlossenem Zuge nach dem Gebäude der Handwerkskammer, wo die Prinzipalstagung gerade stattfand. Nach etwa einstufiger Verhandlung, in der nochmals den Prinzipalen gar kein Zweifel belassen wurde, wie die Gehilfenschaft ein etwaiges ernsthaftes Putschieren gegen die Tarifgemeinschaft und für eine schlesische Sonderarttarifbestimmung beanworte, konnte den Demonstranten eine befriedigende Erklärung über die Haltung der Kreisversammlung zu den Sonderbestrebungen übermiltelt werden. Die Straßendemonstration hatte damit ihr Ende und ihren Zweck erreicht.

Die Mitgliedschaft Liegnitz nahm am 10. April mit großer Entzückung davon Kenntnis, daß ein Teil der schlesischen Prinzipale, „bei denen anscheinend die warme Aprilsonne ihre Wirkung nicht verfehlt hat“, tarifliche Sonderbestimmungen schaffen und aus der Tarifgemeinschaft eventuell austreten wolle. In einer angenommenen Entschließung erklärte sich die Liegnitzer einmütig für die Reichstarifgemeinschaft, deren Bestrebungen und deren Einrichtungen, da der Hunger der schlesischen Kollegen ebenso stark und die zu seiner Stillung erforderlichen Ausgaben ebenso groß seien als bei den übrigen Kollegen im Reich. Die Liegnitzer Gehilfenschaft sei zur Durchführung der tariflichen Forderungen zum Kampfe bereit.

Gleichfalls am 10. April nahm die Mitgliedschaft Brieg in einer vollständig besetzten Versammlung Stellung zu dem Vorstoße der Prinzipals-Liegnitzer, die da behaupten, die Provinz Schlesien werde einseitig von Berlin beherrscht. Für die behaupteten besseren Verhältnisse in Schlesien werde schwerlich der Beweis zu erbringen sein. Die Gehilfen im Osten verspüren vielmehr fähig, wie „herrlich“ sie leben. Die betreffenden Prinzipalskreise sollten bedenken, daß die schlesischen Gehilfen einen integrierenden Teil des Verbandes bilden und für die von ihm eingegangenen Verpflichtungen und erwirkten Rechte als Vertragskontrahent der Tarifgemeinschaft jederzeit mit den äußersten Mitteln eintreten werden. Man wolle dem gewöhnlichen Frieden dienen und die Regelung der Arbeitsverhältnisse auf zentraler Grundlage weiter fördern, man werde aber die Sabotage an der Tarifgemeinschaft in schärfster Abwehr bekämpfen.

Auch im Gutenbergbunde und sogar in dem kleinen Kreise der Allgemeinen Deutschen Buchdruckerunterstützungskasse (Prinzipalskasse) hat das Treiben der Reaktionsäre im Prinzipalslager kräftig eingeschlagen. Eine gemeinsame Protestversammlung von Mitgliedern beider Vereinigungen in Breslau nahm entrückt Kenntnis von dem Vorhaben. Man werde seit zur Tarifgemeinschaft stehen bleiben und ihre Durchlöcherung mit den schärfsten Mitteln bekämpfen. Es wurde auch energisch gegen die Behauptung protestiert, daß im Osten gegenwärtig günstigere Lebensverhältnisse herrschen als im Reich. — In Glogau wurde mit aller Entschiedenheit Verwahrung gegen das Vorgehen der Tarifseparatisten eingelegt. Das sei nur geeignet, unreif ohnehin schon rückständige Wohnpolitik noch mehr zu verschlechtern. Es wurde auch bedauert, daß die Freisetzung des Deutschen Buchdruckervereins den Herrschaften die beantragte Versammlung zugelegt habe. — Die Bündler in Görlitz sprachen ihre Meinung an ungenierter Stellen aus, indem sie das „reaktionäre Treiben“ der gedachten Prinzipalskreise verurteilten und erklärten, sich nicht „von quertreibenden Elementen belästigen lassen“, sondern zur „Anwendung schärfster Mittel“ greifen würden.

In Schlesien hat das Kapp-Verbrechen immerhin beträchtlichen Anklang gehabt, in Bayern ist die Bereitschaft zur Gegenrevolution allerdings noch größer gewesen. Zu dem Vorgehen der Prinzipalsoppositionen in Regensburg und in Schlesien hat es wahrscheinlich den Zünder abgegeben, wenn auch eine hochgepannte Atmosphäre bereits von den letzten Teuerungszulagenbewegungen her bestand.

Die Versammlung der tariftreuen Prinzipale Bayerns am 19. März in München hat ja auch einen sehr bewegten Verlauf genommen.

Die schlesischen Kapppisten im Buchdruckgewerbe haben aber erreicht, was die eigentlichen Gegenrevolutionäre doch nicht so rasch vermocht haben, nämlich vollständige Geschlossenheit der gesamten Gehilfenschaft gegen ihr Vorgehen. Der Handreich gegen die Tarifgemeinschaft ließ sogar die Breslauer Gehilfen auf die Straße gehen, und mittels dieses modernen Demonstrationsmittels wurde dann aus seinem Gelingen ein klägliches Verunglücken, da die Macher ohne Gehilfenschaft bei den Prinzipalen und Zeitungsherausgebern blieben. Ein bis jetzt beispielloser Vorgang, der aber ebenso prompt und erfolgreich sich wiederholen würde, wenn andern Prinzipalskreisen auch das Fell jucken sollte.

#### Regelung der besonderen Verhältnisse im besetzten und im Industriegebiete

Es hat uns mit Genugtuung erfüllt, in Nr. 40 an erster Stelle über einen in prinzipieller Bewertung befriedigenden Ausgang der Verhandlungen des Kreisamts in Söhn am 31. März berichten zu können. Die grundsätzliche Anerkennung wirklich obwaltender besonderer Verhältnisse im Westen ist dadurch erreicht worden. Es befindet sich hierin eine totale Wandlung zu dem Standpunkte, der im August 1919 die Prinzipalkität offiziell zu dem Antrage verzichtete, für das besetzte Gebiet und alle sonstigen Orte bis zu 5 Proz. Lokalschlag einen Abbau der Teuerungszulagen um 20 Mh. wöchentlich (für alle übrigen Teile und Orte Deutschlands um 10 Mh.) zu beantragen. Der nicht erhebende Ausgang dieser Aktion für die Prinzipale ist ja noch in aller Gedächtnis. Wenn jetzt einige Prinzipalskreise im Osten von dem gleichen Wahne befallen werden konnten, wie es der Putsch in Schlesien ja doch gelang, dann ist das ein viel schlimmerer Streich, denn die Verhältnisse sind dort nicht bessere geworden, sie werden vielmehr gegenwärtig noch weitere Verschlechterung erfahren. Die loben bekannt gewordenen neuen Brotpreise in Berlin werden mit einiger Staseelung bald überall maßgebend sein, und auch andre Preissteigerungen infolge der nun eintretenden bedenkllicheren Lebensmittelknappheit bleiben ganz sicherlich keine Berliner Spezialität. Die schlesischen Putschisten haben sich also einen sehr ungünstigen Zeitpunkt erwählt. Dagegen ist die Regelung im Westen von prinzipieller und zeitgemäßer Bedeutung.

In der letztmaligen Tarifauschulung war dem gegen sonst noch stärkeren Drängen des rheinisch-westfälischen Gehilfenvertreter im Prinzip von der Prinzipalsvertretung fastgegeben worden, daß eine ausnahmsliche Regelung Platz greifen müsse. Die maßgebenden Prinzipalskreise im Westen haben dann aber den Abbruch der Verhandlungen in Berlin ausnützen wollen, sprachen sich gegen die Einberufung des Kreisamts aus und stellten sogar ein ganz kurzfristiges Ultimatum zum Zwecke der Beendigung vereinzelter örtlichen Vorgehens infolge Ablehnung des Berliner Schiedspruchs durch die offizielle Prinzipalkität; die Teuerungszulagen vom Dezember sollten nicht weiter zur Auszahlung gelangen.

Das alles in Berücksichtigung gezogen, ist der eingetretene Umchwung groß und darum zu begrüßen. Die rheinisch-westfälische Prinzipalkität hat in diesen separations-schwangeren Zeiten besser die Ruhe bewahrt als bayerische und schlesische Prinzipalskreise, obwohl sie tatsächlich am allermeisten örtliche Bewegungen zu übersehen hatten. Wir wünschen, daß nach dieser Regelung nun im besetzten und im Industriegebiete solche explosiven Erscheinungen nicht mehr wiederkehren, weil sie auf die Dauer auch für die Gehilfenschaft zum Nachteil ausschlagen müßten. Die Kollegen im übrigen Deutschland aber dürfen von diesen ganz außerordentlichen Verhältnissen aus nicht verallgemeinern, sondern können froh sein, daß sie wenigstens von ihnen nicht erfaßt sind.

Es ist für den, der in unfrer Tarifgeschichte Bescheid weiß, jedenfalls von großem Reiz, daß der Kreis II gegenwärtig als das bessere Beispiel vorgeführt werden kann.

## Gautag Erzgebirge-Bogland

Nach einem Zeitraum von sieben Jahren fand am 10. und 11. April wieder ein Gautag in Chemnitz statt. Nach einem stimmungsvollen, vollenbeim vorgebrachten Rede des Gelangvereins, „Gutenbergs“ begrüßte der Vorsitzende Vöfller die Delegierten, das einen kurzen Rückblick auf die Vorgänge der letzten Jahre und gedachte der Opfer des Weltkriegs, deren der Gau (abgesehen von den in der Heimat an den Entbehrungen Verstorbenen) 242 zu verzeichnen hat. Der Gautag ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Mästen.

Der gedruckt vorliegende Vorstands- und Kassenbericht wurde debattelos genehmigt. Die Entschädigung für den Gauvorstand wurde festgesetzt und die Bestimmungen für den Verwalter neu geregelt. Die Festsetzung der Summe für außerordentliche Unterstellungen wurde dem Vorstand überlassen und ihm das Gauvermögen zur Verfügung gestellt. Die Remuneration der Mitgliedschaften ist von 2 auf 2 1/2 Proz. erhöht worden, wird aber erst dann gezahlt, wenn fünf Mitglieder an einem Orte stehen. Der Zuschuß zu dem Sterbegeld wurde wie folgt festgesetzt: bei 200 Beiträgen 50 Mk., bei 500 Beiträgen 75 Mk., bei 750 Beiträgen 100 Mk. und bei über 1000 Beiträgen 125 Mk. Der Kassen wegen wurde beschlossen, alle drei Jahre einen Gautag abzuhalten. Der Antrag betreffend „Korr.“-Obligatorium wurde zurückgestellt.

Einstimmig beschlossen wurde ferner, für den Bezirk Zwitkau ein Tarifschiedsgericht zu beantragen, da durch die Tarifschiedsgerichte, den hohen Kostenaufwand und die räumliche Entfernung den Mitgliedern des Zwitkauer Bezirks die Inanspruchnahme des hiesigen Tarifschiedsgerichts geradezu illusorisch gemacht, mindestens aber sehr erschwert wird. Scharf gerügt wurde das Verhalten einiger Mitglieder, die nicht mit der nötigen Energie auf die Durchführung der tariflichen Beschlüsse drängen, zum Teil sich sogar unter Tarif bezahlen lassen und auch auf Sonderabmachungen eingehen. Solche Mitglieder sollen ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Mitgliedschaft ausgeschlossen werden.

Das Postlagergeld wird bis auf weiteres vom Gau getragen. Alljährlich findet nur eine Bezirksversammlung unter Gewährung von Fahrgebern statt, an ihrer Stelle können auch mehrere kleinere Versammlungen stattfinden. Die Beiträge sind vorläufig in alter Höhe belassen worden. Der nächste Gautag soll in Zwitkau abgehalten werden. Als Vorort wurde Chemnitz wieder bestimmt. Kollege Vöfller wurde als Gauvorsitzer beauftragt bzw. einstimmig gewählt.

Unter „Gauangelegenheiten“ nahm der Generalliste eine längere Zeit in Anspruch. Mit Genehmigung konnte festgestellt werden, daß die Generallistentage im ganzen Gau fast reiflos bezahlt worden sind, nur Chemnitz macht hiervon eine untrübliche Ausnahme, hier ist zum Teil nur die Hälfte bezahlt worden. Die Delegierten wurden aufgefordert, dahin zu wirken, daß mehr wie bisher auf die Ausübung der Beiträge des Augenmerk gerichtet wird; viele Mißstände wurden in dieser Angelegenheit zur Sprache gebracht.

Einen breiten Raum nahm die Aussprache über die Tagesordnung zur bevorstehenden Generalversammlung ein. Bezüglich des Sturzes unseres Verbandsschiffes gab es nur eine Meinung: Beibehaltung des bisherigen. Strenge Neutralität nach den Beschlüssen des zehnten Gewerkschaftskongresses sollte angestrebt werden. Die Tarifgemeinschaft sollte beibehalten, der Tarif müsse gekündigt, revidiert, dem Betriebsrätegesetz angepaßt und von allem Wulste befreit werden. Die Unterhaltungsfrage sollen nach den Anträgen des Vorstandes geregelt werden, mit Ausnahme der Anzugs- und der Gemahrgeldestenunterstützung, die erhöht werden müßten. Bezüglich der Invalidenunterstützung sei eine Neuformulierung nötig, da die Vorlage des Vorstandes noch Ungerechtigkeiten enthielt. Auch in der Frage der Beihilfsorganisation müsse etwas gesehen, nach dem die früheren einer diesbezüglichen Regulierung entgegenstehenden Hindernisse beseitigt sind. In der Aussprache wurden auch die anderen Anträge in ausgiebigster Weise besprochen, so daß unsere Delegierten von den Wünschen der Mitglieder unterrichtet sind. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden folgende Kollegen in Vorlistung gebracht: Vöfller und Dähnel (Chemnitz), Kraiser (Zwitkau), Meißner (Plauen), Schneider (Reichenbach) und Beyer (Zuglitz). Zur Zentralinvalidenkasse in Liquidation wurden die Kollegen Dähnel und Kraiser als Delegierte vorgeschlagen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Arbeit dieser Tagung wie auch die Generalversammlung zum Wohle und zur Förderung des Verbandes beitragen und daß unsere Organisation von inneren Kämpfen verlehnt bleibe. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß er die würdige verlaufene Tagung. gr.

## Gautag Frankfurt-Beßen

Am Stelle des erkrankten Vorsitzenden eröffnete Kollege Grünwald den neunzehnten Gautag (4. und 5. April, Frankfurt a. M.), im Namen des Vorstandes die Anwesenden begrüßend und der Tagung einen gedeihlichen Erfolg wünschend. Diesem Wunsch schloß sich Kollege Wepeas an, die Delegierten im Namen des Bezirks willkommen heißend. Dem Gautage ging ein als wohlgegangenes zu bezeichnendes Frühkonzert des Gelangvereins „Gutenbergs“ für das graphische Gewerbe voraus.

Kollege Grünwald ging auf den gedruckt vorliegenden Kassenbericht ein, auf einige Vorkommnisse be-

sonders hinweisend, gedachte der Toten im Gau, insbesondere der Stollgen Franz Porien und Konradin Schrader. In der Aussprache über den Jahresbericht wurden noch einige Anträge gestellt, und nachdem Aufklärung gegeben, der Bericht des Gauvorstandes aufgegeben. Stollge Neus erstattete den Kassenbericht, der ebenfalls als richtig anerkannt wurde.

Die Bezirksvorsitzer gaben sodann ein Bild über die letzte Feuerungsbewegung, den Generalliste usw., wobei das unzulängliche Entgegenkommen der Prinzipale verurteilt wurde.

Ein Antrag des Ortsvereins Dillenburg-Nerborn, diese beiden Bruderteile dem Bezirk Gießen anzuschließen, wurde angenommen mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab.

Der Antrag des Ortsvereins Gießen: „Anstellung eines festangestellten, besoldeten Gauvorsitzers“, wurde abgelehnt. Es soll die Funktion des Gauvorsitzers dem Bezirksvorsitzenden und Bezirksverwalter Wepeas mit übertragen werden, worüber eine diesbezügliche Versammlung des Bezirks Frankfurt entscheiden soll. Ein weiterer Antrag Gießen: „Gegenseitigkeit in allen Unterstützungsweigen mit allen Gauen des Verbandes anzustreben“, wurde bis nach der Tagung der Verbandsgeneralversammlung zurückgestellt. Ein Antrag des Bezirks Kassel: „Die Zahl der Gauausdelegierten zu reduzieren“, wurde dahingehend erledigt, daß der Gauvorstand beauftragt wird, eine diesbezügliche Skala aufzustellen, einer eventuellen Bezirksvorsitzerkonferenz vorzulegen und sie sodann den Mitgliedern zur Belustigung zu unterbreiten.

Eine recht ausgiebige Diskussion lösten nun die Anträge zur Generalversammlung des Verbandes aus, wobei den zu wählenden Delegierten wertvolle Anregungen gegeben wurden.

Als Tagungsort für den nächsten Gautag wurde Frankfurt bestimmt, als Gauvorort Frankfurt wiedergewählt. Kollege C. Neus wurde aufs neue als Gauverwalter beauftragt und seine Gehaltsfrage geregelt. Der Gaubeitrag soll bei Annahme des Antrags des Vorstandes betreffend Aufhebung der Gauzuschüsse um 10 Pf., bei Ablehnung dieses Antrags um 30 Pf. ab 1. Juli erhöht werden. Die Remuneration des Gauvorstandes wurde erhöht, die der Bezirkskassierer bleibt bestehen. Die Höhe der Gesamtsumme für außerordentliche Unterstützung bleibt ebenfalls unverändert.

Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erörtert und erledigt waren und Kollege Weber (Marburg) im Namen der auswärtigen Delegierten dem Bezirk Frankfurt sowie dem Gelangvereins „Gutenbergs“ für das gebotene Frühkonzert und die Abendunterhaltung gedankt hatte, schloß Kollege Grünwald mit einem Hoch auf den Verband den neunzehnten Gautag.

## Sterbekasse im Gau Frankfurt-Beßen

Die Generalversammlung der Sterbekasse fand gleichzeitig mit dem Gautag statt und wurde vom Kollegen Grünwald eröffnet und geleitet. Er wies kurz auf den Jahresbericht hin, während Kollege Neus den Stand der Kasse schilderte. Dem Kollegen Neus wurde für gute Kassenführung Entlastung erteilt.

Der Antrag des Vorstandes: „Es ist je eine Staffel mit 750 Beiträgen und 500 Mk. sowie mit 1000 Beiträgen und 600 Mk. Sterbegeld einzuführen“, wurde nach lebhafter Aussprache einstimmig angenommen. Ein Antrag Gießen: „In Anbetracht der heutigen teuren Verhältnisse sind die Unterhaltungsätze um 100 Proz. zu erhöhen, unter entsprechender Erhöhung der Beiträge“, wurde nach Diskussion abgelehnt.

Der Antrag Marburg: „Schaffung einer Staffel von 1000 Wochenbeiträgen und Erhöhung des Beitrags auf 30 Pf.“, wurde zurückgezogen. Der Antrag: „In Konsequenz des letzten Beschlusses über die Neuschaffung zweier weiterer Unterhaltungsstaffeln wird beantragt, bei einer Beitragsleistung von 750 Wochen 175 Mk. und bei 1000 Wochen 225 Mk. Sterbegeld für Frauen zu gewähren“, fand einstimmige Annahme.

Der Antrag des Vorstandes, den Beitrag um wöchentlich 25 Pf. zu erhöhen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Diese Neuerungen treten am 1. Juli d. J. in Kraft.

Die Remuneration des Hauptkassierers wurde auf 100 Mark erhöht, für die Bezirkskassierer bleiben die alten Sätze bestehen. Ein Antrag: „Die Sterbekasse zu den gewöhnlichen Kosten der Gautage in Höhe von 1000 Mk. heranzuziehen“, fand gegen eine Stimme Annahme. Ferner wurde beschlossen, daß Kollegen, die in einem anderen Bezirk arbeiten und freigewerkschaftlich organisiert sind, Mitglieder der Sterbekasse bleiben können.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß unter Hinweis auf das legerreiche Wirken der Kasse Kollege Grünwald die Generalversammlung.

S. Buddenberg.

## □ □ Zur Generalversammlung □ □

### Ein Rundgang

Neue Mittel und Wege zu weiteren, höheren Zielen als den bisherigen soll nach den Wünschen großer Kollegenkreise die diesjährige Generalversammlung unseres Verbandes suchen — und so werden ihr gleich 15 Tagesordnungspunkte mit 449 Anträgen vorgelegt. Wahrhaftig keine Kleinigkeit! Bei näherem Zusehen kann man sich allerdings der Empfindung nicht verschließen, daß mancherorts durch die Menge und Länge die Güte der Anträge bedenklich auf Kosten hat, und daß sich viele darunter

finden, die schon ohne weiteres an der kurzen Wacht der nachdenklichen Scherben müßten. Denn selbst der größte Idealismus kann nichts daran ändern, daß auch wir mit den gegebenen Verhältnissen rechnen müssen.

Und für sich würde es kein besonderes Selbstdenken sein, unter Zugrundelegung der vielen Anträge sparsame Aufläufe zu schreiben; da indessen für die Würde ist und zudem die Schriftleitung unter Hinweis auf die Papierknappheit deutlich mit dem Jaunplaus gewinkt hat, will ich mich auf einige grundsätzliche Betrachtungen und Anregungen beschränken. Über die hauptsächlichsten Dinge ist zudem schon im letzten Jahre so ausgiebig im „Korr.“ von den verschiedensten Seiten geschrieben worden, daß man eigentlich annehmen dürfte, die Meinungen darüber müßten nachgerade geklärt sein.

So z. B. hinsichtlich der „Neutralität“. In der Artikelserie „Der Parteikrieg und die Gewerkschaften“ in den Nummern 35, 36, 40, 45, 67, 69 und 71 des letzten Jahrgangs hat die Schriftleitung eingehend ihre Stellung zu diesem Punkte dargelegt, und von diesen Kollegen ist in Einzelaussäßen das Nötige dazu gesagt worden. So habe auch ich in einem Aufsatz in Nr. 49 dargelegt, daß der frühere enge, insbesondere von Herzhäuser gezogene Begriff der Neutralität heutzutage nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, sondern ausgedehnt werden muß. Der Vorstandsvorsitzende trifft unabweislich mit seiner neuen Fassung des § 1 unserer Satzungen das Richtige, wenn er die Tätigkeit des Verbandes „mit Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Fragen“ gefaßt haben will. Denn wohin sollte es führen, wenn in unsern Gewerkschaftsversammlungen die Parteipolitik, hinsichtlich derer die deutsche Arbeiterklasse heute leider in drei verschiedene Gruppen gespalten ist, die Oberhand bekommen sollte? Davon haben wir ja schon verschiedenmal an einzelnen Orten einen Vorgeschmack bekommen. Damit wäre gleichzeitig gewissermaßen auch schon die Richtschnur gegeben in dem „Kampf um die Erringung revolutionärer Betriebs- und Arbeiterräte“. Wohl kein Verbandsmitglied in den Gauen unseres Vaterlandes ist mit dem bisher Erreichten reiflos zufrieden, sondern es soll und muß nach Höherem gestrebt werden — aber jede Parteipolitik hat dabei auszuschalten.

Das unsere Tarifgemeinschaft insbesondere in den Kriegsjahren und der jetzigen Zeit nicht die Hoffnungen erfüllt hat, die von weiten Kollegenkreisen auf sie gesetzt wurden, ist eine Tatsache, die nicht abgestritten werden kann. Insbesondere die Kollegen in den Großstädten fühlen sich mehr und mehr bedrückt davon, während wohl die Provinzkollegen eher einen Vorteil von ihr haben. Die Verhältnisse in den maßgebenden Orten drängen aber dazu, daß ihnen mehr Rechnung gefragen werden muß als bisher, soll nicht die Gewerkschaft gegen die bisherige Tarifpolitik so stark werden, daß eines Tages das Ende da wäre. Sowohl in dem bereits angeführten Aufsatz in Nr. 49 wie in einem weiteren in Nr. 89 des letzten Jahrgangs habe ich zur „Neuorientierung der Tarifgemeinschaft“ Stellung genommen und kann mich deshalb hier darauf beschränken, auf diese wie überhaupt auf die vielen, sich mit der Tarifgemeinschaft beschäftigenden Aufsätze im letzten Jahrgang des „Korr.“ zu verweisen.

Nur noch einige Worte zu den vielen Anträgen über das Unterhaltungsweesen. Sie bilden eine nette Illustration zu den Anträgen, daß unser Verband mehr den Charakter als Gewerkschaft, als Kampforientation wahrnehmen soll. Würde den vielen Anträgen auf Erhöhung und Ausbau der einzelnen Unterhaltungen auch nur zu einem Bruchteil entsprochen, so hätten wir allerdings den Aufbau zur Versicherungsanstalt so ziemlich vollendet, die Eigenschaft als Gewerkschaft jedoch zum großen Teil verloren. Es kann aber nicht unsere Aufgabe sein, die Kollegen gegen alle Wechselfälle des Lebens zu versichern, denn das ist Sache der Allgemeinheit, des Staates. Was es in früheren Jahren unter den damaligen Verhältnissen verständlich, daß auch die Gewerkschaften dazu übergingen, ihren Mitgliedern durch besondere Kapitalzuschüssen in Krankheits- und sonstigen Vorfällen unter die Arme zu greifen, so ist die Sachlage heute unter den veränderten politischen Verhältnissen doch ganz anders. Es muß Sache eines jeden Kollegen sein, an richtigen Orten für den weiteren Ausbau unserer staatlichen Sozialgesetzgebung zu sorgen, damit die Arbeiterklasse den Tagen etwaiger Krankheit, Invalidität und besonders dem Lebensabend mit Ruhe entgegensehen kann. Unsere Gewerkschaftskassen können auf diesen Gebieten nach wie vor nur als Zuschußkassen betrachtet werden. Tagesdünne für rein gewerkschaftliche Zwecke (Unterstützung bei Streiks, Maßregelung u. dgl.) ruhig mehr aufgewendet werden als bisher, denn es ist jedenfalls vorauszusetzen, daß uns in der Zukunft auch in der Zukunft noch reichliche Arbeit aufgeschaltet werden wird.

Auch die nächste Generalversammlung wird den schon so oft vergänglich gelassenen Stein der Weisen nicht finden können. Es allen recht zu machen, wird auch ihr nicht gelingen. Mögen die Beschlüsse ausfallen, wie sie wollen, Kritik wird hinterdrein folgen. Hoffen wollen wir aber, daß es ihr gelingen möge, das Verbandsgelände auch fernerhin für die große Masse der Mitglieder wohnlich einzurichten.

Stuttgart.

Paul Beyerling.

### Zur Abänderung des Verbandstatuts

Im „Korrespondenzblatt“ Nr. 3 vom 17. Januar 1920 hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die von ihm beschlossenen gewerkschaftlichen Grundbeschlüsse, die von allen der Zentralarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen einzuhalten sind, veröffentlicht. Vergleichen wir damit die



bisherige Tätigkeit unserer Organisation und den Geist, der sie bei Erfüllung ihrer Aufgaben belebte, den Geist der Solidarität und Kollegialität, so werden wir gewiß finden, daß diese Grundzüge von unserer Organisation eigentlich immer beachtet wurden. Siehen wir aber einen Vergleich mit dem Vorlauf unseres Statuts, so zeigt sich, daß dieser an Klarheit im Sinne der Grundzüge viel zu wünschen übrig läßt.

Schon die feinsinnige Unterscheidung zwischen Vertretung gewerblicher und Förderung geistiger und materieller Interessen im grundlegenden § 1 (Absatz 1) kann unter Umständen verwirrend wirken, weil die gewerblichen Interessen sowohl geistiger wie materieller Art sein können. Andererseits lassen die Begriffe „geistige und materielle Interessen“ eine sehr weitgehende Auslegung zu. Da die Vertretung privater, religiöser und wohl auch politischer Interessen immer ausgeschaltet bleiben wird, kann zwar nicht einfach gesagt werden, der Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder, sondern man spricht besser von der Vertretung wirtschaftlicher und geistiger Interessen. Der Frage, ob die Vertretung oder Förderung politischer Interessen ausdrücklich ausgeschaltet werden soll oder nicht, kann heute nicht mehr die Bedeutung beigemessen werden, die ihr früher zukam und selbstverständlich zukommen mußte. Wichtiger ist, daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausdrücklich als Zweck des Verbandes erklärt wird, und daß die Zwedmitteln (b-g) der wirtschaftlichen Entwicklung und der Veränderung des allgemeinen Arbeiterrechts angepaßt und entsprechend vermehrt werden. Dies alles im einzelnen hier auszuführen, würde den Raum des „Korr.“ über Gebühr in Anspruch nehmen.

Stuttgart

K. G.

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Berlin.** Der in der Lindendruckerei beschäftigte Druckerkollege Fris Schröder feierte am 19. April im Kreise seiner Kollegen und Mitarbeiter sein 50jähriges Berufs Jubiläum.

**Siegen.** Der Maschinenmeister Albin Andreas kann in diesem Jahre sein 50jähriges Berufsjubiläum begehen. Kollege Andreas trat Ostern 1870 bei Breitkopf & Härtel in Leipzig in die Lehre, konditionierte später in der Braunfuchs-Hochdruckerei in Karlsruhe und trat 1876 in die Brüßliche Universitätsdruckerei in Siegen ein. Im Verbands, dem er seit Beendigung der Lehrzeit angehört, befühlte er sich in verschiedenen Ehrenämtern und nach Ausbruch des Krieges, der alle Vorstandsmitglieder unter die Waffen brachte, vertrat er den Posten als Vorsitzender im Ortsbeiräte Siegen. An der Breslauer Generalversammlung nahm er als Delegierter teil. Dem Komitat die herzlichsten Glückwünsche!

**Schöppingen.** (Maschinenmeistervers. — Situationsbericht.) Nachdem am 11. September 1919 auf Anregung des Stuttgarter Brudervereins der hiesige Maschinenmeistervers. ins Leben gerufen wurde, hat es sich der Vorstand angelegen sein lassen, neben der Mitwirkung an der Lösung der sozialen sowie organisatorischen Fragen sofort auch die berufliche Weiterbildungsarbeit aufzunehmen. Er veranstaltete mit Unterstützung des Graphischen Klubs einen Farbenlehrelehrgang. Seine Leitung hatte Obermaschinenmeister Kollege Wilhelm Jungmann übernehmen. Der Kursus wurde eingeleitet mit dem Vortrag: „Über das Wesen der Farbe“. Die praktischen Übungen im Mischen, Aufputzen und Ausgehen, welche Sonntagvormittags in der Gernerwerkstätte stattfanden, waren von einigen erlauchten Vorlesern an Werktagen abends begleitet. Um den Neuling nicht zu verwirren, wurde mit nur den allerwichtigsten Farben operiert, was sehr angenehm empfunden wurde. Am Schluß des Kurses wurde an jeden Teilnehmer eine besondere Trefaufgabe gestellt, die durchweg als gelungen jenseit werden konnte. Es ließ sich beobachten, daß die 27 Teilnehmer nach und nach in dem schönen Reiche der Farben heimlich geworden waren. Die Chr. Hoffmann-Steinbergischen Farbenfabriken in Celle hatten in bereitwilligster Weise vorzügliche Farben kostenlos zur Verfügung gestellt, wofür dieser Fabrik und auch dem Leiter des Kurses für seine Mühe auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

**Greifswald.** Die aufbesuchte Versammlung am 18. Februar verurteilte die überhand nehmenden Zensurverbote auf das entsetzliche. In der Generalversammlung wurde zum ersten Vorliegenden Kollege Max Rehs gewählt.

**-s.- Königsberg i. Pr.** Unsere Generalversammlung fand am 8. Februar statt. Kollege Willenberg gedachte mit warmen Worten eines verstorbenen Kollegen. Dagegen wurde des Hinscheidens des Kollegen Steinbrück (Dresden) gedacht; er war ein stets hilfsbereiter Kollege, was wohl alle, die auf der Kette gewesen und mit dem Verstorbenen in Berührung gekommen sind, bestätigen müssen. Die Versammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Des weiteren führte der Vorsitzende aus, daß die beim Friedensschlusse gehobte Hoffnung, jetzt endlich wieder erträgliche Verhältnisse, besonders was Lebensmittel und Bedarfsartikel anbetrifft, zu bekommen, uns arg betrogen habe. Denn heute hätten die Preise für alles, was wir zur Erhaltung unseres Lebens brauchen, eine fabelhafte Höhe erreicht. Der Klassenbericht lag gedruckt vor, und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden, da drei Kollegen eine Wiederwahl ablehnten, Ersatzleute gewählt, u. a. Kollege Farnemann als erster Vorsitzender. Nachdem noch einige Wahlen erledigt worden waren und Kollege Kruppa im

Namen der Versammlung dem bisherigen Vorstand für seine Tätigkeit gedankt hatte, wurde die Generalversammlung geschlossen.

**Mannheim.** Am 8. Februar fand unsere Generalversammlung statt, in welcher zunächst eines verstorbenen Kollegen ehrend gedacht wurde. Hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht über die zum Abschlusse gekommenen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Gewerkschaftskartell betriebs Schaffung einer öffentlichen Ausgleichszulage. Daraus ging hervor, daß das Kleinergewerbe, für das ein Arbeitgeberkartell nicht besteht, von einer Vereinbarung, die Stundenzuschläge im Höchstmaß für den Monat Januar von 80 Pf., den Monat Februar von 1,25 Mk. vorsieht, ausgeschlossen ist. Die Versammlung stimmte der Maßnahme des Vorstandes auf beschleunigte Einberufung des Carlshausers zu. Der Jahresbericht des Vorstandes, der die allgemeinen politischen und unsere engeren Berufsverhältnisse des vergangenen Jahres schilderte, wurde in der Diskussion in seinem ersten Teile von einzelnen Kollegen als politische Propaganda bezeichnet, was der Vorsitzende bestritt; seine politischen Ausführungen sollten nur als Niederlage für die Gewerkschaftspolitik gelten. Der Antrag auf Erreichung des ersten Teiles des Jahresberichts wurde hierauf mit 70 gegen 37 Stimmen abgelehnt und dem Vorsitzenden für seinen gutdurchdachten Jahresbericht der Dank der Versammlung ausgesprochen. Hierauf erstattete Kollege Huber den Klassenbericht, woraus ersichtlich war, daß das Bezirksvereinsvermögen Ende des letzten Quartals 10084,15 Mk. betrug. Die Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes, mit Ausnahme eines Beisitzers. Auf Antrag eines Kollegen wurde die Remuneration für den Gesamtvorstand zeitgemäß erhöht. Als Kartellbelegter wurden die bisherigen Vertreter wiedergewählt. Unter „Verschiedenem“ beantragte Kollege Göbner, bei jeder Lohnerbhöhung 1 Mk. für die Invaliden pro Mitglied abzuliefern, was als Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung kommen soll. Kollege Kraus erbat um regere Beteiligung am Gesamtverein „Typographia“, während Kollege Balleberger auf die „Volksfürsorge“ hinwies. Darauf wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

**W. Marburg.** In der Bezirksversammlung am 18. Februar gab der Vorsitzende zunächst einen Jahresbericht, wobei er der gefallenen sowie eines vermissten und eines gefangenen Kollegen in ehrender Weise gedachte. Nachdem der Klassenbericht seine Erhebung gefunden, besprach man die Anträge zur Generalversammlung. Die Versammlung erklärte sich mit den Vorschlägen des Vorstandes über die Unterstellungsanträge einverstanden. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Vorsitzender Weber aufgestellt. Hierauf kam man zur Vorstandswahl. Kollege Weber wurde als Vorsitzender wiedergewählt und Kollege Sauer als Kassierer neugewählt. Der Vorsitzende gedachte dann der Tätigkeit des bisherigen Kassierers Kollegen Knopf, der 29 Jahre seinen Posten frei geführt hat und nun wegen Überalterung sein Amt niederlegte. Zum Dank für seine Tätigkeit wurde ihm eine Mannfeldsche Radierung überreicht.

**Potsdam.** Am 19. April befragte Kollege Chr. Sachmann sein 50jähriges Buchdruckerjubiläum. Geboren 1857, trat er am 19. April 1870 zu Lübeck in die Lehre. Nach Beendigung seiner Lehrzeit trat er 1874 in den Verband ein. Kürzere und längere Zeit konditionierte Kollege Sachmann in Worms, Lahr i. B., Straßburg i. E., Saarburg i. Lothr., Oera und Gutsin. 1878 kam er nach Kiel, wo er sich lange am Verbandsleben beteiligte und u. a. in der örtlichen Tarifkommission, als Vertreter des Gaus Süddeutsch sowie als Vertrauensmann und als Schriftführer tätig war. Seit 1904 ist er Invalide. Möge dem alten Kämpfer ein froher Lebensabend beschieden sein!

**Sollingen.** Am heiligen Opfe wie auch in Wald und Ohligz zahlen die Prinzipale ab 7. März die Feuerungszulage von 50 Mk. wöchentlich ausschließlich Brottfeuerungszulage. Der Forderung der Gehilfenchaft, diese Zulage ab 1. März zu zahlen, wurde seitens der Prinzipalvereinigung nicht entsprochen; trotzdem haben die meisten Kollegen von Sollingen die Feuerungszulage ab 1. März erhalten, weil die Zeltungsbetriebe sowie einige kleinere Druckereien der Forderung der Gehilfen Rechnung getragen hatten. Die „Beratliche Arbeiterstimme“ bewilligte ab 1. März 60 Mk. ausschließlich Brottfeuerungszulage.

### □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Verlegung der Generalversammlung unseres Verbandes nach Nürnberg.** Leider hat sich unsere in Nr. 32 in dem Artikel „Generalversammlungsarbeit in Leipzig“ ausgesprochene Erwartung, daß der von dem unerhörten Vandalismus der Reichswahr während der Kapp-Revolution verschont gebliebene Rest des „Volkshauses“ in Leipzig doch noch die Abhaltung unserer diesjährigen Generalversammlung in Leipzig ermöglichen würde, nicht erfüllt. Die erforderlichen Umbauarbeiten werden derzeit umfangreich, daß die noch verfügbaren Räume infolge der sich rings um sie vollziehenden Bauarbeit (Mörtelmaschinen usw.) die ungestörte Abhaltung einer so wichtigen Tagung nicht mehr ermöglichen. Die Abhaltung einer Gewerkschaftsgeneralversammlung in einem andern Lokale Leipzigs wäre angesichts der brutalen Zerstörung des „Volkshauses“ durch die fanatisierte Soldateska unter der mißbrauchten Reichswehrflagge eine moralische Verbeugung vor den Reaktionen, welche samt ihrem Anhang, deren sich keine Arbeiter-

organisation schuldig machen kann. Diese Erwägungen haben am 14. April zu einer Aussprache zwischen dem Gesamten Gauvorstande der Leipziger Kollegenchaft, dem Verbandsvorsitzenden Seib und der Redaktion in Leipzig geführt. Es wurden in dieser Sitzung alle Gründe für und wider eine Verlegung eingehend erörtert, und zwar mit dem Resultat, daß unter vollem Einverständnis und allseitiger Zustimmung auch seitens des Leipziger Gauvorstandes eine Verlegung der Generalversammlung des Verbandes nach einem andern Ort als der beste Ausweg aus dieser besetzten Situation anerkannt wurde. Dem Verbandsvorsitzenden wurde darauf, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Mitgliederchaft Nürnberg früher schon mehrmals den Wunsch geäußert hatte, die Generalversammlung unseres Verbandes in Nürnbergs Mauern zu begründen, die fränkische Metropole als Tagungsort gewählt, während die überhäufte Generalversammlung bestimmt in Leipzig abgehalten werden soll. Ob nun auch der schon angelegte Termin für die diesjährige Generalversammlung eingehalten werden kann, steht leider immer noch nicht fest, weil der Termin der bevorstehenden Reichstagswahlen in die gleiche Zeit zu fallen droht. Eine Generalversammlung unseres Verbandes mitten im politischen Wahlkampf oder während der Wahl selbst ist nicht gut denkbar. Denn in solchen hochpolitischen Zeiten gehören die Buchdrucker in die Buchdruckerrollen und als Staatsbürger auch in die Wahlbewegung. Es ist daher immer noch damit zu rechnen, daß neben der schon beschlossenen Ortsverlegung je nach dem in den nächsten Tagen hofentlich bekannt werdenden endgültigen Termin der Reichstagswahlen auch noch eine Zeitverschiebung für unsere Generalversammlung nötig werden dürfte. Vorläufig besteht also der schon bekannte Termin (31. Mai) noch zu Recht. Die offizielle, d. h. amtliche Bekanntmachung der Ortsverlegung und eventuell auch eines andern Termins der Generalversammlung durch den Verbandsvorsitzenden, wird in den nächsten Tagen, nach definitiver Festlegung der Reichstagswahlen, im „Korr.“ erfolgen. Zu der Ortsverlegung unserer Generalversammlung möchten wir noch bemerken, daß auch der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, der seine Generalversammlung im Leipziger Volkshaus noch vor uns abhalten wollte, schon vorher seinen Verbandstag nach einem andern Orte, und zwar ebenfalls nach Nürnberg, verlegt hat. Die gleichen Gründe wie für uns, waren auch für die Organisationsleitung des Schuhmacherverbandes maßgebend. Leider sind nun durch diese Verlegung auch mancherlei Vorbereitungsarbeiten für die Generalversammlung in Leipzig hinfällig geworden. Ein Festausschuß und der Gesangverein „Gutenberg“ usw. waren schon eifrig am Werk, um unsern Verbandsparlament einen festlichen Empfang und würdigen Verlauf zu sichern. Möge daher das Resultat der Generalversammlung in Nürnberg ein solches sein, das auch jene Kollegen bestrebt, die sich jetzt schon in Leipzig in hingebender Weise in den Dienst der Generalversammlung gestellt haben.

**Zum Wiederaufbau des Leipziger „Volkshauses“.** Das Leipziger Stadtordnungskollegium hat einem Antrag auf Gewährung eines zunächst zinslosen Darlehens von 1 Million Mark an das Gewerkschaftskartell Leipzig zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und zu andern notwendigen Anschaffungen zugestimmt.

**Zusammenbruch der deutschen Konsumgenossenschaften.** Kürzlich fand in Hamburg zwischen Vertretern des Allgemeinen Verbandes und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eine Aussprache statt, um zu beraten, wie eine Berichtigung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung herbeizuführen sei. Es bestand bei allen Beteiligten die Überzeugung von dem Vorhandensein aller Voraussetzungen zur gemeinschaftlichen Arbeit in der Verbraucherbewegung. Die große zentrale Organisation mit leistungsfähigen wirtschaftlichen Einrichtungen kann eben schlechterdings nicht mehr entbehrt werden, wenn die Konsumvereinebewegung in allen ihren Bestandteilen ihre Arbeit bis zur höchsten Leistungsfähigkeit steigern soll. Aber die organisatorischen Bedingungen zum Übertritt der Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes zum Zentralverbande wurden Vereinbarungen getroffen, die, wenn sie die Zustimmung der zunächst Beteiligten finden, die Verwirklichung herbeizuführen geeignet sind. Die Wege zur Zusammenarbeit sollen in möglichster Freiwilligkeit gegangen werden; nicht der Zwang, sondern allein das Ziel der Verbraucherbewegung soll die Schritte bestimmen, die zur einheitlichen Organisation führen.

**Organisation der Arbeitsschwerfsten.** Um alle die körperlich und wirtschaftlich leidenden, niedergedrückten und größtenteils noch rechtlosen Arbeitsschwerfsten zu vereinigen, damit sie als geschlossene Macht eine Interessenvertretung auf Grund der unverrückbaren Menschenrechte geltend machen können, wurde in letzter Zeit ein Zentralverband der Arbeitsschwerfsten Deutschlands mit dem Sitz in Frankfurt a. M. gegründet. In Verbindung mit den Arbeiterpartei und Gewerkschaften will dieser Zentralverband auf dem Boden der Gleichberechtigung aller die wirtschaftliche Sicherstellung der Arbeitsschwerfsten erkämpfen. Auch die so sehr darniederliegende Selbstfürsorge, Berufsberatung, Berufsumkehrung der Arbeitsschwerfsten müssen wirksam in Angriff genommen werden und das Mitbestimmungsrecht bei allen Fürsorgemaßnahmen geltend werden. Allen Arbeitsschwerfsten und deren Hinterbliebenen wird bereit-

willigt Zustimmung erteilt durch den Zentralverband der Arbeitslosen Deutschlands, Frankfurt a. M., Behmstraße 46. An alle gefundenen Arbeitskollegen und an die Arbeitgeberorganisationen ergoht der Ruf, die Arbeitslosen in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte zu unterstützen.

Die neuen deutschen Eisenbahnfahrpreise. Mit Gültigkeit vom 1. März 1920 sind bekanntlich die Grundbeträge der Einheitsklasse für den Personenverkehr wiederum erhöht worden. Die neuen Sätze, die noch wenig bekannt zu sein scheinen, betragen für 1 km:

1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse
54 Pf.	23,94 Pf.	14,42 Pf.	9 Pf.

Die Fahrpreise werden in der 3. und 4. Klasse auf 5 Pf., in der 1. und 2. Klasse auf 10 Pf. aufgerundet. Der Zuschlag für die Benutzung von Schnellzügen ist ebenfalls erhöht worden und beträgt einschließl. der Steuer für Tarifermäßigungen von 1 bis 75 km 1. und 2. Klasse 6,10 Mk., von 1 bis 75 km 3. Klasse 3,10 Mk., von 76 bis 150 km 1. und 2. Klasse 12,10 Mk., von 76 bis 150 km 3. Klasse 6,10 Mk., über 150 km 1. und 2. Klasse 18,10 Mk., über 150 km 3. Klasse 9,10 Mk.

### Gestorben

- In Wangz am 7. März der Korrektoirinvalide Otto Mache, 82 Jahre alt.
- In Wessau am 18. März der Seher Max Lüdike aus Köthen, 47 Jahre alt.
- In Wülfelsdorf am 19. März der Seher Robert Grimmerl aus Bernhardsgr., 30 Jahre alt - Lungenerkrankung.
- In Oberwalde am 22. März der Streckenbauer Philipp Zopf, 39 Jahre alt.
- In Forst am 17. März der Seherwegbegleiter Viktor Dorau aus Schwab, 79 Jahre alt.
- In Wülfelsdorf am 27. März der Buchdrucker Friedrich Grischke, 47 Jahre alt.
- In Grünberg i. Schl. am 4. März der Seher August Leichert von dort, 61 Jahre alt - Gehirnschlag.
- In Habelschwerdt am 18. März der Seher Georg Rieger aus Müllersberg, 21 Jahre alt.

In Halle a. d. S. am 20. März der Seher Otto Mennicke, 66 Jahre alt.

In Hamburg am 10. März der Drucker Otto Ziebel von dort, 24 Jahre alt; am 19. März der Drucker W. Erdmann aus Meile, 33 Jahre alt.

In Königsberg i. Pr. am 10. März der Maschinenführer Richard Witkowiak aus Wlitz, 46 Jahre alt - Herzschwäche.

### Briefkasten

A. A. in Pl.: Danken für Glückwunsch; wir wollen nun abwarten, wie die Entschuldigungsfrage geklärt wird, bitten aber um entsprechenden Beiseit, damit wir nicht wieder auf die Tagespresse angewiesen sind. Dank und Gruß. E. - G. in Hamm: Müssen: Wir berichten nur über 50-jährige Berufs Jubiläen. - A. A. in Erlangen: Wie Sie aus Nr. 40 erfahren haben werden, ist in der Veröffentlichung von britischen Situationsberichten Schluss eingetreten.

### Verbandsnachrichten

Verbandsvorsitzende: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511. Fernsprecher: Amt Kurpfl., Nr. 1191.

Berlin. Dem Seher Albert Hohensee (Kaufbuchnummer 109 919) wurde ein zweites Buch (Berlin 7071) ausgestellt, da ihm das erste (7039) angeblich gestohlen wurde.

Beatrix Oberfeld. (Gauagsdelegiertenwahl.) Abgegeben wurden 493 Stimmzettel, davon waren 10 unguiltig. Die absolute Mehrheit betrug 247. Es erhielten Stimmen: Weber 395, Jarrp 354, Mombauer 354, Marischal 277, Bantzele 265, Hofmann 245, Seuff 243, Peus 217, Dreiser 189, Mühlent 188, Pfaff 178, Altman 167, Mand 104, Krause 84, Ahrens 76. Stichwahl: Abgegeben 527 Stimmzettel, davon 1 unguiltig. Es erhielten Stimmen: Hofmann 289, Seuff 270, Peus 253, Dreiser 229, Krause 3. Erststimmen: Peus und Dreiser.

Beatrix Müller. (Gauagsdelegiertenwahl.) Abgegeben 298 gültige Stimmzettel; absolute Mehrheit 150. Es erhielten Stimmen: Müller 148, B. Müller (Müller) 121, A. Egger (Müller) 111, B. Klockenbach (Obde) 108, G. Gangloff (Klockenbach) 48, P. Mühl (Müller) 43, H. Klockenbach (Müller) 39, A. Müller (G. Bau) 33, H. Wirth (Müller) 27, G. Klockenbach (Müller) 25. Stichwahl: Abgegeben 302 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: A. Egger (Müller) 158, B. Müller (Müller) 150, C. Müller (Müller) 147, B. Klockenbach (Obde) 146.

Kegan i. M. Die Herren Delegierten zu dem am 25. und 26. April hierziehlich stattfindenden Gauekongress wollen sich nach ihrer Ankunft in den Marztag zweiter Klasse des Hauptbahnhofes begeben zur Empfangnahme der Quartierkarten usw. - Die Vorbereitungen zum Gauekongress am Sonntagabend, dem 24. April, finden im Vereinslokal, „Sanja“-Restaurant, Karl Hoff, Wöhlerstraße 11, statt.

### Adressenveränderungen

Bären (Rhd.). Vorsitzender: Andreas Halbzig, Eisenbahnstraße 43.

Reichberg. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Adam Maurer, Schloßberg 9.

München. (Berliner der Schriftgieber, Streckenbauer und Galvanoplastiker.) Vorsitzender: Hans Brucker, Dönhofsstraße 7 II.

Köln. Vorsitzender: M. Schröder, Wilhelmstraße 29 a.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):

Im Gau Hamburg-Mitteln die Seher 1. Julius Kaufmann, geb. in Hamburg 1861, ausgel. dal. 1880; 2. Max Strumberg, geb. in Mitteln 1870, ausgel. in Hamburg 1888; 3. der Drucker Friedrich Schärer, geb. in Mittenbürgen 1867, ausgel. in Bochum 1885; 4. der Streckenbauer Wilhelm Müller, geb. in Preßler 1899, ausgel. dal.; die Maschinenführer 5. Hermann Geller, geb. in Mittenbürgen 1892, ausgel. in Berlin 1910; 6. Franz Friedrich Glafer, geb. in Kolbigen 1878, ausgel. in Mch 1897; waren schon Mitglieder. - Fr. Runkler in Hamburg, Seidenbinderhof 57 II.

Im Gau Oder i. d. Fahtor Paul Mokrah, geb. in Kreuzburg (O. Schl.) 1830, ausgel. dal. 1898; die Seher 2. Richard Frons, geb. in Stollbus 1894, ausgel. dal. 1905; 4. Otto Vanne, geb. in Barth i. Pom. 1890, ausgel. dal. 1908; 5. Hermann Streifermann, geb. in Braunsberg 1880, ausgel. dal. 1898; 6. Bruno Willmann, geb. in Mittenbürgen (Kreis G. Mitten), ausgel. in G. Mitten 1918; die Streckenbauer 7. Fritz Magabanz, geb. in G. Mitten 1892, ausgel. dal. 1911; 8. Erich Neumann, geb. in Regenau (Kreis Arnswalde) 1901, ausgel. in Di. Enjala 1918; die Drucker 9. Hermann Muckenke, geb. in Obisfelde 1875, ausgel. in Stendal 1894; 10. Willi Müllig, geb. in Rheln (Dlpr.) 1895, ausgel. in Spremberg 1913; 11. Hermann Wittmann, geb. in Solbin (M. M.) 1891, ausgel. dal. 1909; waren schon Mitglieder. - P. Kannack in Stettin, Zuerntstraße 10.

### Veranstaltungskalender

Wernherode. Versammlung Sonntagabend, den 24. April, im „Vollsgarten“.

## Berein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen (Gau Leipzig B. d. D. B.)

Donnerstag, den 22. April, abends 8 Uhr, im Clublokal „Albergarten“, Zweinaundorfer Straße:

### Gaumitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Ausprache und Beschlußfassung über die Satzungen für das Leipziger Graphische Institut nach der Vorlage der Zentralvorstände oder auf der Grundlage des Richtplans. 2. Antrag Seelig und Genossen: Rektion des Buchstufes der Verammlung vom 12. April 1920 betreffend Straßener. Zahlreichen und pünktlichem Erscheinen sieht entgegen.

Der Gauvorsitzende, F. M. Leopold Sesselbarth.

## Mallovenschaft „Typograph“ Serie 3, neueste Ausgabe. Unerkennbar bei Herstellung von zeitgemäßen Druckarbeiten. In 2 Hften. 4,50 Mk. bei Berlin; Magd., 4,80 Mk. G. Weizmann, Graph. Verlag, Wann a. Rh., Rosenlal 42.

Wer dauernd gute Druckwalzen haben will, gebrauche das Druckwalzen-Auslieferungsbüro

## Klykhol

Eine der größten Erfindungen im Buchdruckgewerbe ist der „Alkohol“. Verbrauche Walzen, welche die Zug- und Weichkraft verloren haben, erhalten sie durch ein einmaliges Einreiben in einer Nacht wieder. Bei wiederholtem Gebrauch bleiben die Walzen stets wie neu gegossen. Er verhindert das Schmelzen, Reißen und Abkratzen der Walzen, beim Farbwechsel das Verschmieren der Walzen. Man braucht bei häufigen Auflagen des Tages über weder Form noch Walzen reinigen zu lassen; sie bleiben sauber und rein und der Druck scharf und fest belegt. Bitte Prospekt zu verlangen.

Preis pro Stk 30 Mk. ab Fabrik.

Probeforderungen für 2-3 Maschinen reichend porto- und spesenfrei 12 Mk. Chemische Fabrik für Buchdr., Bedarfsartikel Karl Slich, Leipzig-Gieselerhausen.

Spielend leicht (Holographier) 300 Silben und mehr bei Anwendung meines man Schriftungsverfahren nach Stolze-Schreyer. Zahlreiche Anerkennungen. Preis 3 Mk. franco bei Einzahlung auf Postcheckkonto 101345. Verlag H. Stibitz, Erfurt, Langebrücke 33.

# Spanisch

Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Schwedisch, Ungarisch, Griechisch, Lateinisch, Deutsch erlernen Sie am leichtesten, billigsten und bequemsten auf Grund der weltberühmten Unterrichtsbriefe nach der Methode Loupaine-Langenscheidt für den Selbstunterricht. Diese Methode ist von Autoritäten auf dem Gebiete der Sprachwissenschaft bearbeitet und lehrt - ohne Vorkenntnisse vorauszusetzen - von der ersten Stunde an das geläufige Sprechen, Schreiben, Lesen und Verstehen fremder Sprachen. - Die mustergültige Aussprachebezeichnung der Methode Loupaine-Langenscheidt garantiert dafür, daß Sie genau so wie der Muttersprachler sprechen. Die zugewandte Anzahl der Erklärungen macht das Studium nach diesen Unterrichtsbriefen zum Vergnügen und führt zum sicheren Beherrschen. Verlangen Sie unter Bezugnahme auf diese Zeitung unsere reklamierte Prospektur (fremde Sprachen und Ihre Erlernung sowie die Einleitung Nr. K 39 in den Unterrichtsbrief der interessierenden Sprache. Die Zubereitung erfolgt so leicht, so schnell und ohne irgendwelche Verpflichtungen für Sie. Schreiben Sie heute noch an die

## Langenscheidt

iche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin - Schöneberg.

Mehrere Typographen für Russisch (Modell A) und mehrere Monotypgießer in dauernde Stellung gesucht. Spanische Buchdruckerei, Leipzig.

## Maschinenmeister

Für feinsten Illustrations- und Katalogdruck suchen wir zum baldigen Eintritt in dauernde Stellung einen durchaus erfahrenen

Ausführliche Bewerbungen und Überlegung von Druckmustern und Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an

Inland! Ausland! Strebamer Schriftgieber

21 Jahre alt, feigeb. in Augsburg, mit allen Sprachen vertraut, möchte sich verändern und sucht dauernde Stellung. Best. Angebote unter Nr. 204 an die Geschäftsstelle dies. Blattes erbeten.

Jüngerer Schriftgieber auch Schmalzdruck (Monoline) perfekt, sucht Stellung. Berlin und Umgebung bevorzugt. Angebote unter P. M. 186 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Jünger, Strebamer Akzidenzgießer (18 Jahre), der auch rechnen kann, sucht für sofort Stellung. Best. Angebote erbeten an Mag. Schuster, Hamburg 22, Alter Teichweg 40, G.

Gut wohnt! Junger Typographischer (Modell A) sucht sofort oder später Stellung. Offerten erbeten Ludwig Dillmann, Altesamens (Pfalz), Biltcher Straße 94.

Zuverlässiger, wissenschaftlich gebildeter Korrektor verheiratet, seit 25 Jahren in Merz, Zeitungsw. Akzidenzgießer (Pfalz), sucht dauernde Stellung. Offerten unter Nr. 194 an die Geschäftsstelle dies. Blattes erbeten.

Lebiger Maschinenmeister leblich, welcher mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut ist, sucht sich bald zu verändern. Am liebsten nach Süddeutschland. Best. Angebote erbeten an A. Rangen, M. Gladbach, Rulienstraße 110.

Jünger, Strebamer Maschinenmeister in allen vorkommenden Arbeiten ausgebildet und an sauberes Arbeiten gewöhnt, wünscht sich zwecks weiterer Ausbildung zu verändern. Eintritt eventuell sofort. Beste Offerten unter Nr. 216 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

## Typographiemaschinen

Geschäfte usw. repariert schnellstens und sorgfältig

Karl Hermann, Leipzig-Gieselerhausen, Biedermannstraße 27.

Hilfen meinen Kollegen und Freunden, welche aus Anlaß meines 50-jährigen Berufs Jubiläums meiner gedachten, (sage ich) hiermit meinen herzlichsten Dank Leipzig-Reuditz, 19. April 1920. Albert Schöppan.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 14. April, im Alter von 48 Jahren, der Seher Herr

### Paul Genzel

aus Berlin. Durch sein echt kollegiales Wesen hat er sich in unserm Kreis ein bleibendes Gedächtnis gesichert. Orts- und Bezirksverein Oberwalde.

Am 14. April verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Seher

### Hermann Lauchnit

im Alter von 52 Jahren. Seit 14 Jahren als Lagerist in unserm Kreise tätig, versterben wir in dem Vorfall einen gewissenhaften und aufrichtigen Mitarbeiter.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Das Personal der Monotypiehandmaschinenvertriebsgesellschaft, G. m. b. H., Berlin.

Am 7. April verschied nach kurzem Krankenlager an Herzleiden unser lieber Vorstandskollege

## Theodor Schäffler

im Alter von 57 1/2 Jahren.

Seit zehn Jahren im Gauvorsitzende tätig als zweiter Vorsitzender, ferner als Schriftführer tätig, hat er das in sich gefasste Vertrauen bestens gerechtfertigt. Die Verdienste des Verstorbenen um die Organisation wie um den Gau Bayern insbesondere verdienen ihm ein dauerndes Gedächtnis. München, 10. Apr. 1920.

Der Vorstand des Gauwes Bayern.